

Innenministerium plant Einsparungen und Sicherheitsoffensive 2025

Das Innenministerium plant 200 Mio. Euro Einsparungen für 2025/2026, während die Sicherheit, insbesondere Polizeipräsenz, gestärkt wird.



Frankfurter Hauptbahnhof, Frankfurt am Main, Deutschland - Das Innenministerium Österreichs plant umfassende Einsparungen im Haushaltsplan für die Jahre 2025 und 2026. Wie **vienna.at berichtet**, sollen insgesamt 200 Millionen Euro eingespart werden, wobei 90 Millionen Euro bereits im ersten Jahr der Planung geschmälert werden. Diese kürzlichen Entwicklungen finden in einem Kontext statt, in dem die öffentliche Sicherheit immer stärker in den Fokus rückt.

Mit dem gesenkten Budget wird ein verstärkter Fokus auf Sicherheitsinvestitionen gelegt, insbesondere auf sichtbare Polizeipräsenz und Maßnahmen zur Terrorismusabwehr. Das Einsparpotenzial im Asyl- und Migrationsbereich wird auf fast

100 Millionen Euro geschätzt. Während die Anzahl der Asylsuchenden in der Bundesbetreuungsstelle Ost in Traiskirchen von 2.000 auf 360 gesunken ist, verzeichnet auch Deutschland einen Rückgang von Asylanträgen aus Syrien um 80 bis 90 Prozent – ein Effekt des Sturzes des Assad-Regimes.

Öffentliche Sicherheit im Fokus

Vorfälle wie das tragische Ereignis am Frankfurter Hauptbahnhof, bei dem ein Mann eine Frau und ihren 8-jährigen Sohn auf die Bahngleise gestoßen hat, wodurch der Junge von einem ICE getötet wurde, haben die Debatte über innere Sicherheit erneut angeheizt. **FDP-Chef Christian Lindner** fordert eine gesteigerte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Diese Forderung wird von der FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg unterstützt, die die Notwendigkeit einer schnellen Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats betont.

Die innenpolitischen Akteure warnen jedoch vor überzogenen Sicherheitsversprechen. FDP-Innenexperte Konstantin Kuhle hat betont, dass die objektive Sicherheit das Maß der Sicherheitspolitik bleiben sollte, während die physische Präsenz der Polizei erhöht werden soll. Ein weiterer Schritt hin zur Verbesserung der Sicherheitslage ist die Stärkung des Verfassungsschutzes und die personelle sowie finanzielle Aufstockung seiner Budgets.

Verwaltung und Asylverfahren

Das Budget für Fremdenwesen wird von 788 Millionen Euro im Jahr 2024 auf 693 Millionen Euro im Jahr 2025 gesenkt, mit einer Prognose von 621 Millionen Euro für 2026. Darüber hinaus wird Innenminister Karner Maßnahmen zur Reduzierung der Mitarbeiterzahl in der Verwaltung ergreifen, indem künftig nur jede dritte Stelle nachbesetzt wird.

Ein zentraler Aspekt der Sicherheitsarchitektur in Deutschland ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). **BAMF**

stellt fest, dass eine frühzeitige Identifizierung von Geflüchteten oder Ausländern, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, essenziell ist. Das Amt kooperiert eng mit Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden und trägt zur Deradikalisierungsarbeit bei, um extremistische Bedrohungen zu minimieren.

In den letzten Jahren hat das BAMF diverse behördenübergreifende Arbeitsstrukturen etabliert, um bei der Bekämpfung von Extremismus und illegaler Migration effektiver zu agieren. Diese Zusammenarbeit ist entscheidend für ein funktionierendes Migrationssystem und die öffentliche Sicherheit. Der Aspekt der Informationsvernetzung zwischen den zuständigen Behörden hat somit eine zentrale Bedeutung in der Sicherheitsarchitektur.

Insgesamt zeigt sich, dass die Einsparungen im Innenministerium und die Forderungen nach mehr Sicherheit eng miteinander verknüpft sind, während die Herausforderungen im Bereich Asyl und Migration weiterhin im Blickfeld stehen.

Details	
Vorfall	Mord/Totschlag
Ort	Frankfurter Hauptbahnhof, Frankfurt am Main, Deutschland
Verletzte	1
Quellen	• www.vienna.at • www.fdp.de • www.bamf.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at